

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 3500 M., wöchentlich 900 M., durch Boten bezogen 3600 M., bei Postbezug 3600 M. (ohne Postgebühr). Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 150 M., Samstags 225 M. Alle Preise freibleibend. Postfachkonto: Leipzig Nr. 18 654. Geschäftsstelle: Kälberstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird I. Gewahrt gehalten. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)
Unparteiische

Anzeigenpreis Der halbmeter Millimeter Zeichnen 100 M., 400 M. Die laufende Monatsabrechnung wird von Werbetreibenden auf keine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 200 M. in Zahlung genommen. Abergeld 100 M. Porto besonders. Alle Preise freibleibend. Anzeigen für den Vormittag 10 Uhr. Belegnummer wird besonders berechnet. Anzeigebücher Nr. 100.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Bahl

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 124

Mittwoch, den 30. Mai 1923.

163. Jahrgang.

Ein Angriff auf die deutsche Wirtschaft.

Belgiens Reparationsplan.

Paris, 29. Mai. Der „Matin“ veröffentlicht heute die belgischen Wiederaufbaupläne, von denen er behauptet, sie wären Anregungen, die deutsche Schuld in eine Handelschuld umzuwandeln. Die Zahlungsmittel sollten in Deutschland selbst gefunden werden, ohne daß man internationale Anleihen aufnehmen brauchte. Die Belgier glauben, Deutschland könnte jährlich wenigstens zwei Milliarden 400 Millionen Goldmark aufbringen. Bisher hätte Deutschland nur mit 0,8 Prozent befreit, der französische dagegen mit 18 Prozent und der englische mit 13 Prozent. Dasselbe gelte von Zinseszins. Von den Eisenbahnen habe die deutsche Industrie selbst erklärt, daß diese bei Umwandlung in einen Eisenbahnbetrieb jährlich eine Milliarde Goldmark ergeben könnten. Der belgische Ministerpräsident Hennequin glaube, daß man in Deutschland eine Reihe von Monopolen für den Verkauf gewisser Produkte, für die Eisenbahnwege sowie für die Staatsbetriebe stiften könnte.

Die Monopole würden internationalen Gesellschaften übergeben werden, an denen die Alliierten einen beträchtlichen Anteil hätten. Die Erzeuger alkoholischer Getränke, die Zuckerraffinerien, die Zigarettenfabriken und die alliierten Eisenbahnen würden Konsortiateilnehmer. Die Belgier glauben, die Monopole und die Eisenbahnen könnten 60 Jahre hindurch je eine Milliarde 500 Millionen Goldmark für Wiederherstellungen abwerfen. Dazu kämen 200 Millionen für die Kohlen, im ganzen also zwei Milliarden 400 Millionen Goldmark jährlich, d. h. also die 6 Prozent Zinsen von den 40 Milliarden, während in eine 20prozentige Zehnernahme an den deutschen Handelsunternehmungen vorzugehen. Eine Bedingung für alle diese Pläne wäre aber die Bestätigung der deutschen Finanzen.

Die Wiederaufbaupläne habe die Reichsbank keineswegs ruiniert, sondern im Gegenteil ihre Devisenreserven um 20 Millionen Goldmark vermehrt, weil sehr ein provisorisch stabilisiertes Geld eine Anziehungskraft ausübe. Der ungewohnte Banknotenumfang in Deutschland verbinde nicht die Behandlung der deutschen Finanzen. Auch das deutsche Budget könne in Ordnung gebracht werden. Die Verwirklichung der Monopole zu den Wiederherstellungen würde das Deutsche Reich seiner Einnahmequellen nicht berauben. Der Reichstag könnte die notwendigen Gesetze schaffen, auch ein Gesetz, wie es der Wiener Reichsrat beschloß, daß nämlich eine Aufhebung der getarnten Beschäfte verboten würde.

Zur Ruhrgebiets

müßte dem Reich die Einnahmequellen schaffen. Die Besetzung würde sich auf eine Kontrolle der Lieferungen beschränken. Allerdings bliebe die Drohung bestehen, daß im Falle einer Verletzung Deutschlands wiederum zur Besetzung geschritten würde. Die Besetzung würde unterdrückt werden, und alle Einnahmen gingen wieder dem Reich zu. Die Besetzung des Ruhrgebietes stelle zwar einen wirksamen Druck dar; aber die Belgier glauben nicht, daß man sich aus dem Ruhrgebiet bezahlt machen könne. Das heißt, alle Gewinne, die das Ruhrgebiet abwerfe, dürften nicht der Wiederherstellungszahlung dienen, sondern dem Reich zufließen, und das Ruhrgebiet allein dürfe nicht die Lasten tragen, die ganz Deutschland auf sich nehmen müßte. Der „Matin“ fügt der Mitteilung der belgischen Pläne hinzu, daß diese Bedingungen der Besetzung nichts von ihrer Wichtigkeit nimmern, die außerordentlich und sogar verstärkt werden sollte, bis das von Rheinisch versiegeltete System durchgeführt wäre.

Die Erklärung der Industrie.

Konkord und Hauptauschuss des Reichsverbandes billigen den Schritt.

Berlin, 30. Mai. Der Hauptauschuss des Reichsverbandes der deutschen Industrie, der gestern im Reichswirtschaftsrat zu einer Sitzung zusammentrat, um sich durch das Präsidium über den Stand der Reparationsfrage unterrichten zu lassen, billigte mit 200 gegen etwa sechs Stimmen die dem Kanzler überreichte Denkschrift, in der die Auffassung des Reichsverbandes niedergelegt ist. Der Reichsverband sieht in diesem Schreiben an den Reichskanzler ein rein wirtschaftliches Gutachten und überläßt nunmehr der Reichsregierung, dieses Gutachten vollständig zu verwenden. Im übrigen sieht der Reichsverband seine außerörtliche Aufgabe in der Reparationsfrage als erledigt an.

Im Laufe des Dienstag Nachmittags hatten Vertreter des Reichslandbundes eine Unterredung mit dem Reichskanzler, in der das Garantieproblem in unverbindlicher Form besprochen wurde. Dabei kam die grundsätzliche Bereitschaft zum Ausdruck, weitgehende Opfer auf sich zu nehmen, wobei die Voraussetzung ist, daß das Reparationsproblem endgültig gelöst wird. Auch zwischen den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und den Vertretern der Regierung fand im Arbeitsministerium eine Besprechung statt.

Die nächste Plenarsitzung des Reichstages ist nunmehr endgültig auf Dienstag, den 5. Juni, nachmittags 3 Uhr einberufen worden. Heute findet unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages über die außenpolitische Lage statt.

Alle 8 Tage eine Zigarre weniger und das Geld dafür dem Deutschen Volksoffer! für Ruß und Rhein gegeben!

Die Parteien der Arbeiterschaft haben heute im Reichstage wieder eine gemeinsame Beratung abgehalten. Man kann sagen, daß die bisherigen Besprechungen zwischen der Reichsregierung und den Parteien eine gewisse Klärung der Auffassungen herbeigeführt haben, und daß die politischen und finanziellen Grundzüge der Note, die in den nächsten Tagen den Alliierten überreicht werden soll, im großen und ganzen feststehen.

Eine Neubescheinigung zwischen der Regierung und den Parteien ist erreicht.

Die Streiklage im Ruhrrevier.

Münster, 30. Mai. In Bochum geht die Zäuberungsaktion ohne die bisherigen Verluste auf Seiten der Polizei weiter. Etwa 200 Verhaftungen sind bis jetzt vorgenommen worden. Gestern morgen wurde ein Mann namens Emil Dreier grundlos von den Aufwachen erschossen. Der französische Kommandant hat sich zur Unterdrückung der Polizei zur Verfügung gestellt.

Im Bezirk Hamm ist die Besatzung „Alter Dehnen“ bei Unna in Ablehnung des vorgerichtlichen Verhandlungsgeschehens in den Streik getreten. Auf der Besatzung „Altenboger“ beschloß gestern eine Delegiertenversammlung, den Streik weiter fortzuführen.

In Gelsenkirchen ist gestern in einer öffentlichen Versammlung beschlossen worden, heute die Arbeit wieder aufzunehmen. Dem Reichsloch soll auch die Union beigetreten sein.

Im Landkreis Gelsenkirchen ist die Lage unverständlich.

Im Regierungsbezirk Münster ist es ruhig.

In Dortmund ist gestern in einer kommunikativen Versammlung seitens der Rheinier infolge der die Streikbewegung ablehnenden Haltung der Besatzung zur Wiederannahme der Arbeit aufgefordert worden. Der französische Kommandant hat der Stadtverwaltung in einem Schreiben mitgeteilt, daß er keinesfalls Zusammenkünfte der Streikenden auf den Straßen dulden werde.

In Dortmund findet zur Zeit eine öffentliche Versammlung statt. Anschließend ist eine Versammlung der Metallarbeiter einberufen worden.

Im Essener Bezirk ist gestern eine Reihe von Zeichen in den Ausfall getreten.

In Düsseldorf liegen alle größeren Werke, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ein Teil der Straßenbahn still.

In Hagen und Däpe sind Zeisfreit in der Metallindustrie ausgebrochen.

Die französische Lüge von den zerstörten Gebieten.

In dem letzten ergangenen deutsch-französischen Notenwechsel, den Ruhrstreik betreffend, hat man sich französischerseits wieder einmal bemüht gefühlt, auf die „zerstörten Gebiete“ hinzuweisen. Ganz offenbar betrachtet Frankreich bzw. sein Propagandabüro nach wie vor dieses Kapitel als ein Kernstück, das immer wieder der Welt vor Augen geführt werden muß, um den angeblich „höhen Willen“ Deutschlands zu demonstrieren. Demgegenüber ist ganz richtig auf folgende Tatsachen hinzuweisen, die die französische Propaganda nachweislich dauernd verheimlicht — ein Zeichen, um beizubehalten sie der diesbezüglichen Regie sind. Insofern haben wir Grund, diese Tatsachen immer und immer wieder hervorzuheben und in die Öffentlichkeit hineinzuvermitteln, vielleicht daß sie mit der Zeit doch ihre Wirkung nicht verfehlen werden.

Schon im Januar 1919 fanden Verhandlungen über die Wiederherstellung der „zerstörten Gebiete“ statt, die unfruchtbar von der deutschen Regierung und Vertretern anderer Gewerkschaften mit Frankreich geführt wurden. Lieber das Ergebnis orientiert am besten die Neufassung des französischen Sozialistenführers Douhaire, der f. Z. bündig erklärte:

„Die Verhandlungen erzielten nichts, und die Verantwortung für das Scheitern fällt gänzlich auf die französischen Alliierten zurück, die sich weigerten, hatten, eine Antwort zu geben auf die man heute noch wartet.“

Ein ausführlicher Wiederbauplan wurde dann im Juli 1920 vom damaligen deutschen Außenminister Simons auf der Konferenz in Spa vorgelegt — er kam gänzlich zur Erörterung.

Im folgenden Jahre wurde wiederum, und zwar mehrfach, seitens der deutschen Regierung eine Bereinigung der Frage verlangt, indem sie sich zunächst in einer Note im April 1921 an die Reparationskommission, auf das bestimmteste bereit erklärte, am Wiederbauplan mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften mitzuwirken.

Entsprechende positive Vorschläge wurden gemacht. Das Ergebnis war wiederum negativ.

Weitere Verhandlungen fanden im November 1921 zwischen Deutschland und Frankreich statt und zwar über die Frage der Teilnahme deutscher Arbeiter am Wiederbauplan. Dem von dem französischen Kommando für den Wiederbauplan in dieser Zeit in den „zerstörten Gebieten“ vorgenommenen über die Frage der Zulassung deutscher Arbeiter vorgenommen, wobei sich das sehr bemerkenswerte Resultat ergab, daß 85-90 Prozent der befragten Einwohner für die Witwenschaft der deutschen Arbeiterführer sich aussprachen. Frankreichs Regierung und seinem Propagandabüro, muß man schon hinzusetzen, die diese Ablehnung jedoch äußert uneben. Man erklärte sie einfach für „nichtamtlich“ und ließ eine neue „Abstimmung“ vornehmen mit dem Effekt, daß sich 49 Prozent für die Zulassung der deutschen Arbeiter aussprachen — auch das war immerhin ein Resultat, das den französischen Chauvinisten uneben genug war, um es nach Möglichkeit totzuschweigen.

In der Folge ist das Rathenau-Loucheur-Abkommen vom 6. Oktober 1921 bemerkenswert, in dem es heißt: Die deutsche Regierung hat ihren ausdrücklichen Willen bezeugt, an dem Wiederbauplan der zerstörten Gebiete durch Lieferung von Einrichtungs- und Betriebsgegenständen und von Baustoffen in möglichst weitem Umfange mitzuwirken.“

Wie wenig ernst es der französischen Regierung mit der Ausführung dieses wichtigen Abkommens war, mag man daraus ersehen, daß der Westdeutsche Rat von der französischen Kammer erst im Anfang April 1922 ratifiziert wurde.

Man erinnert sich schließlich zweier weiterer Abkommen, des Bemmelmann-Abkommens vom 2. Juli 1922 und des Stinnes-Luberka-Abkommens, das auf freiem Zuschlieferungsverkehr beruhte.

Alles war nutzlos, mußte ohne Ergebnis sein, da Frankreich dieses Kernstück seiner Propagandaparisaden — die „zerstörten Gebiete“ — nicht aufgeben kann, um die Weltatmosphäre weiterhin zu vergiften mit der Lüge von den Verwüstungen von Deutschlands. Auf der anderen Seite ist jedoch bemerkenswert, daß bereits eine ganze Reihe von Zeugnissen vorliegen, die dazu angetan sind, den Alliierten, den Frankreich um seine „zerstörten Gebiete“ geworfen hat, zu zurechtfinden. Wir erinnern z. B. an einen Aufschluß des früheren Vorsitzenden der internationalen Kommission für den Schaden des Engländers Beaton, der in der „Times“ vom 1. Februar 1923 die Leistungsbereitschaft Deutschlands voll anerkennt. Des weiteren liegen mancherlei Zeugnisse aus dem französischen Lager selbst vor, aus denen wir die der „Reichsloch“ der gewerkschaftlichen Organisation der Techniker Frankreichs“ herausgetrieben, die u. a. auf feststellte, daß

Das Meisterwerk des Salvini.

Kriminalroman von Otto Berndt.

Amerikanisches Copyright 1921
by Carl Dancker, Berlin.

Rachdruck verboten.

Erstes Kapitel.

Ueber dem großen Schmutzgeruchsaal lagerte die Luft des Sonnlichttags. Auf allen Seiten sahen ein Schimmer von Abspannung und immer wieder luden die Fächer über die schweißtreibenden Stirnen der Männer, die seit dem frühen Morgen hier zusammenfanden, um gegen Alfonso Salvini den Wechselspruch zu führen. Dichtgedrängt waren die Zuschauertribünen besetzt, und obgleich die Verhandlung mit einer kurzen Mittagspause nun schon acht Stunden währte, auch nicht eine von den jähren Damen der Berliner Gesellschaft, die dort zuzusehen kamen, hätte sich bereitfinden lassen, ihren Platz zu räumen, ehe das Urteil gesprochen. Aber es waren nicht nur die Damen, die sensationslüftigsten dem „interessanten Mordprozess“ folgten, man sah neben achtzigjährigen jungen Künstler auch die bedeutendsten Vertreter der Berliner Malerei — erste Charakteristika, die der Verhandlung beiwohnten, den traurigen Verlauf mit ernstlichen Blicken begleiteten und das Unfaßbare dieses seltsamen Falles vergebens zu begründen suchten.

Staatsanwalt Doktor Heinrich erhob sich, um sein Plädoyer zu beginnen. Er war kein „schneidiger“ junger Herr, der seiner Energie darschneit, um jeden Preis ein „Schuldig“ zu finden. Es war ein älterer Herr mit sehr ernst, dabei aber gültigen Augen, ein Mann, der Vertrauen einflößte.

„Meine Herren Geschworenen!
Ich kann wohl sagen, daß es mir selten so schwer geworden ist, gegen einen Angeklagten die furchtbare Beschuldigung des überlegten Mordes zu vertreten, wie heute. Es läßt sich nicht leugnen, daß der Angeklagte ein Mann ist, der Sympathien erweckt, aber ich muß Sie bitten, meinen Ausführungen vorurteillos und mit der fähigsten Ruhe von Männern, deren Amt es ist, unbeeinträchtigt persönlichen Motiven das Recht zu fuchen und einem schweren Verbrechen die verdiente Sühne zu bringen, zu folgen.“

Die heutige Verhandlung hat auf das klarste bewiesen, daß Alfonso Salvini des überlegten und vorgeplanten Mordes an dem Künstler Schumann in vollem Umfang schuldig ist. Er hatte die letzten Worte lebensfähiglos, aber mit erheblicher Stimme gesprochen, und alle Augen wandten sich dem jungen Manne zu, der in der Anklagebank saß. Schlant, hager, lang aufgeschossen, das bleiche Gesicht mit den dunklen Augen von schwarzen Künstlerlocken umgeben, sah Alfonso Salvini da. Ein interesseloses Kopf ein schmerzliches Kinnlingsantitz mit weichen, fast trübhaften Zügen. Unruhig und in allen Nerven vibrierend, sah er da und schaute den Staatsanwalt an. In seinen Augen lag ein wehmütiges Staunen, als jasse er alles das nicht, was um ihn vorging. Ein junger, lebensfähigster Künstler, ein guter Junge, ein begüterter Mensch — vielleicht ein wenig vom Leben gezeichnet — aber gewiß nicht in das Antlitz eines Verbrechers.

Der Staatsanwalt fuhr fort: „Wissen Sie den ganzen Vorgang noch einmal an meinen Augen vorüberleiten. Im März dieses Jahres hatte der Künstler und frühere Viehhändler Schumann das ebensals größte Antikmal des Palais in der Wilhelmstraße gekauft. Gewiß — Herr Schumann war wohl kein Mann, der auf großes Kunstverständnis Anspruch erheben konnte. Er besaß wenig Verständnis für die Kunststoffe, die sein neuer Palast barg, und das große Gemälde aus der allduischen Mythologie, mit dem Alessandro Salvini der Vettere den Ehefalsat geschildert und damit seinen Ruhm gegründet hatte, war ihm ein Besitz, den er nicht zu schändlicher verlor.“

Am 15. März erfuhr Alfonso Salvini, der Angeklagte, durch Zufall, daß Schumann beabsichtigte, an seinen Ehefalsat einen Wintergarten anzubauen, daß ihm das große Bild, für das er kein Verständnis besaß, ein Hindernis war, und daß er darum unbefähigt die Wand niederlegen wollte, auf die Alessandro Salvini sein Meisterwerk als Fresko gemalt hatte, und somit das Bild zerstören würde. Alfonso Salvini, der Sohn, war von dieser Nachricht erschüttert. Er versuchte zunächst durch einen Besuch bei Schumann, diesen von seinem Gedanken abzubringen. Der reiche Mann empfing den jungen Künstler mit fühlbarer Abneigung — Salvini wurde, wie er selbst zugab, erregt, und die Unterredung endete damit, daß Schumann

ihm mit energischen Worten sein Haus verbot. Salvini verfuhr darauf alle erdenklichen Mittel. Er wandte sich an die Presse, er erbat die Hilfe hervorragender Künstler — die Spalten der Zeitungen füllten sich mit Angriffen gegen den Künstler — der Direktor der Akademie der Künste selbst verfuhrte Schumann ungeschicklich. Der Erfolg war ein vollkommen negativer. Im Gegenteil — es waren den ungeliebten Emporkömmling gerüst haben, gewissermaßen der ganzen Welt die Macht seines Geldes beweisen zu können.

Was foherte ihn die Meisterstiftung eines Malers — ihm war es vielleicht ein Triumph, sie zu zerstören. Ich will nicht leugnen, daß die Verjüngung Schumanns einem wenig sympathisch ist, und daß der Kampf, den der junge Künstler um das Hauptwerk seines Vaters führte, seine verdienstlichen Schritte, sein hilfloses Ringen etwas Mühendes hatten. Ich will nicht leugnen, daß auch ich selbst damals die Berichte über den erfolglosen Kampf des jungen Künstlers gegen den verhängnisvollen Emporkömmling mit größtem Interesse verfolgte, und daß auch ich ihm von ganzem Herzen und nicht zum mindesten aus der Überzeugung, daß es sich um die brutale Vernichtung eines wertvollen Kunstwerkes handelte, einen Erfolg wünschte.“

Alle, die im Saale versammelt waren, horchten auf, in des Angeklagten Augen leuchtete ein dankbarer Strahl war das eine Neben des Staatsanwaltes? Hatte der Verteidiger, dem daran lag, seinen Klienten das Wohlwollen der Geschworenen zu sichern, besser beginnen können? Der Staatsanwalt sprach weiter: „Bis hierher also waren alle unsere Sympathien auf der Seite des jungen Antiklers. Ich erwähne dies alles nur, damit Sie, meine Herren, sich überzeugen, daß keine Voreingenommenheit die Anklage befehigt. Und nun lassen Sie uns weitergehen.“ Am Sonnabend, den 30. März, wurde am Morgen der Künstler Schumann in seiner Wohnung ermordet aufgefunden und neben ihm lag in tiefer Schmach Alfonso Salvini. Der Künstler war in hinterlistiger Weise durch einen Stich in den Rücken getötet, wahrscheinlich in dem Augenblicke, als er seinem weit geübtesten Geldhahn eine Summe entnehmen wollte. Seine Hände hielten noch einige zertrümmerte Taubensmarkele.

Statt besonderer Anzeige.
Die glückliche Geburt eines gesunden
Knaben
zeigen hocherfreut an
Richard Dietrich
Käthe Dietrich
geb. Meyer.
Merseburg, den 30. Mai 1923.
Oberallesburg 7.

Familien Nachrichten.
Geboren Tochter des Dr. med. Paul Henjel u. Frau Margarethe geb. Winter, Nieba.
Verlobt. Margarethe Reich mit Wilhelm Bahnschaff, Duerfurt.
Verheiratet. Albert Thon u. Frau Anne geb. Goldammer, Leipzig; Albert Freyer u. Frau Alma geb. Laus, Dörfing.
3 Geschworene. Wilhelm Schreyer, 81 J., Merseburg; Marie Schelle, 62 Jahr, Merseburg.

Kirchchen-Verpachtung.
Der Kirchchenanhang der Gemeinde Wüstenhagen soll Sonnabend, den 2. Juni, nachmittags 5 Uhr öffentlich meistbietend gegen Verzahlung im hiesigen Galtstube verpachtet werden.
Bedingungen im Termin. Wüstenhagen, 27. 5. 1923.
Der Gemeindevorsteher.

Verpachtung der städtischen Kirchchenanlagen am Sonnabend, den 2. Juni 1923, vormittags 9 Uhr, im Rathaus am Markt, II Trepp. Alles Nähere ist im Stadtbauamt zu erfahren.
Merseburg, den 25. Mai 1923.
Der Magistrat.
VII. 201/23.

Torfstreu fuhren- und zentnerweise gibt ab
Frankleben,
Friedrichstr. 8.

Eine **Zuchstute** (6 Jahre), zu verkaufen. Wo? Zu erfahren in der Geschäftsstelle dies. Bls.

Frack mit Hose, wenig getragen, für feine Figur, 1.75 m gr., zu verkaufen. Anfragen unter 451/23 an die Geschäftsst. d. Bl. erb

Flügel Pianos gebraucht kauft und erbitet Angebots möglichst unter Angabe des Preises, des Fortkates u. Alters des Instruments (Teilekaviere werden nicht gekauft).
C. A. Klemm, Leipzig, Neumarkt 26. Fernr. 22096.

Ein uraltes Sprichwort sagt beinahe, Wer stets auch gut schmeckt, auch hebr fährt.
Das galt nicht nur im alten Reich, Die Republik kennt hier das Gleiches, Und muß auch mancher Slang sich trüben, Ein Trost ist immerdar gebildet, Schmier-Feinen Schuh nach Bürgerpflicht Mit „Perladin“, sonst glänzt er nicht.

Obstverkauf.
Der Kirchchenanhang der Gemeinde Wüstenhagen soll am Dienstag, den 5. Juni 1923, nachm. 2 Uhr, im Gasthof zum Raben in Scopau öffentlich unter den im Termin bekanntgegebenen Bedingungen gegen sofortige Verzahlung am Verkauf, Verbliebige Ertrags werden in Zahlung genommen.
Rittergut Scopau (Kreis Merseburg)
Fernsprecher Nr. 47.

Der Kirchchenanhang der Gemeinde Rockendorf soll Sonnabend, den 2. Juni, vormittags 11 Uhr, im Galtstube zu Rockendorf öffentlich meistbietend verpachtet werden.
Der Gemeindevorstand.

DIE QUALITÄTS-SCHREIBMASCHINE

ORCA
DAS MEISTERSTÜCK
deutscher Präzisionsarbeit und praktischer Erfahrung
Ihre unübertroffene Güte und Stabilität verbürgen wir durch Leistung voller **GARANTIE FÜR EIN JAHR**
ORCA A.-G., GESCHÄFTSSTELLE HALLE, HERMANNSTR. 28, FERNRUF 4496

Das Aummen und das Aumeland
Wolff, Schreyer, Dierker, Jünger.


Gold Silber, Platin (Reich), Zahngelbte Brennsilber, kauft zu höchst. Tagespre. **Holland, Halle-S.** Schillerstr. 0, v. Markt Halle

Unsere Genossenschaft ist aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei uns zu melden.
Wallerdorf, 28. Mai 1923.
Gändl. Spar- u. Darlehnskasse
Wallerdorf u. U., e. u. m. d. h.
Günter. Schumann, Niemisch.

Pferde-Auktion!
Mittwoch, den 6. Juni, von 2 Uhr nachm. ab, werden auf dem Hauptgasthof Credit bei Fargan **40 bis 50 Halbblutpferde,** zum größten Teil aus den Jahrgängen 1919 u. 20, öffentlich meistbietend verkauft. Von 2 Uhr nachm. (Reinik) ab werden die Pferde unter dem Beifall beginn, vor dem Wagen putz gegattet. Auktionsförmlich gegen Einzahlung von 1000 Mk. von Gellistekretariat erhältlich. Die Geschäftsdirektion.

AUSLANDS-DEUTSCHE such. verschieden. Art **Stadt- u. Land-GRUNDSTÜCKE** er. ohne Wohnanspruch und o. Auszahlung nach Wunsch. Besizerangeboten erb. an H. Thielsen, Graunschwielg.

Bierde-Versteigerung in Weizenfels
für Donnerstag aufgehoben.
Paul Schmidt, beid. Versteigerer, Weizenfels.

Kontor-Belehrung (auch weiblich) mit guter Schulbildung für sofort oder später
Schriftl. Ang. unt. 450/23 an die Geschäftsst. d. Blg.

Neuentscher Jugendtag
des Bundes Deutscher Jugendvereine am Sonntag, den 3. Juni 1923.
8 Uhr früh: **Morgenfeier** auf dem Ausgrabungsfelde des Klosters (Ober-Altendorf).
7 Uhr abends: Aufführung d. Märchenpiels **„Das Waldhaus“**.
Nurdem Gedicht- und Lieber-Verträge und Volksstänze, im Schloßgartenfalon.
Eintrittskarten im „Vergo Christian“, bei Jenich, Georgstr. 4 und an der Abendkasse.

Boranzige! Niederwünsch. Boranzige!
Sonntag, d. 15. Juli 1923, von nachm. 1 1/2 Uhr, findet unter dies-jähriges
Ringreiten
statt. Anmeldeung bis 10. Juli beim Vorstand. Für Stellung ist gefertigt. Es ladet ein **Krieger- und Landwehr-Verein.**
Zu dem am 17. Juni 1923 stattfindenden
Branzreiten
in Schafstädt
ladet ergebenst ein **Die Reiter-Gesellschaft.** J. A. B. Koch, Landwirt.
Anmeldungen bis spätestens 10. 6. erbeten.

Stadtheater Halle
Donnerst. abds. 7.30 Uhr **Von morgens bis mitternachts.**
Freitag, abds. 7.30 Uhr: Gastspiel des Moskauer Kammertheaters. **Die Zwillingsschwester.**

GOLD-
Silber, Platin-Gemisch und **Zahn-Gebisse** kauft v. Heeringen **Oelgrube 7**
Ausweis mitbringen
Ein Paar br. **Arbeitsstiefel** (Schuhmacher), Gr. 40, billig zu verkaufen
Feldstr. 25, Hof. r.

Möbliert. Zimmer sofort oder später geist. Pferd. unt. K 30 an die Geschäftsst. dies. Blg.
Junger Kaufmann sucht gegen gute Bezahlung **möbl. Zimmer**
Angebote unt. No. 369/23 an die Expedition d. Bl.
Möbl. Zimmer von jungem Herrn sofort geist. Off unt. A K an die Exped. d. Bl.

Beilage zu Nr. 124 des Merseburger Tageblattes

Mittwoch, den 30. Mai 1923

Landtag der Provinz Sachsen.

3. Sitzung.

Merseburg, 29. Mai.

Um 2,30 Uhr eröffnet der Präsident Weins die 3. Sitzung. Nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen wurde in die Tagesordnung eingetreten. Die Wahl des Direktors der Landesheimatamt Altführer, wofür der bisherige stellvertretende Direktor Dr. Julius Braune vorgesehene war, wurde, da gegen die Wahl in der Kommunal- und Sozialistischen Partei Bedenken erhoben wurden, nochmals dem Anstaltsausschuß des Provinzial-Landtages überwiesen. Die endgültige Wahl soll dann am Donnerstag erfolgen.

Über die Vorlage des Provinzial-Ausschusses betr. Bodenverbesserungsfonds berichtet Abgeordneter Weber (Z.).

Als Bodenverbesserungsfond in Verfolg des Gesetzes vom 1. April 1922 sind zur teilweisen Übernahme des Zins- und Tilgungsdienstes für von Bodenverbesserungs-Unternehmungen von dritter Seite aufgenommenen Darlehen 2 Millionen Mark in den Entwurf des Haushaltsplanes eingestellt worden. Zur Begründung für die Anforderung dieser Mittel wird folgendes ausgeführt:

Der Staat hat durch Gesetz betreffend die Vereinfachung von Staatsmitteln zur Förderung der Bodenverbesserung vom 1. April 1922 einen Betrag von 300 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, aus dessen Zinsen zur Förderung von Bodenverbesserungen jeglicher Art jährlich Beträge zum Zinsendienst der von dritter Seite beschaffenen Darlehen gewährt werden können. Hierbei kann in dreifacher Weise beihilfe einwirken werden:

- a) durch Übernahme der Bürgschaft für Darlehen der besagten Art, b) durch darchensweise Eingabe eines Teiles der für Verzinsung und Rückzahlung der aufgenommenen Darlehen jährlich zu entrichtenden Beträge, c) durch Eingabe eines Teiles der für Verzinsung und Rückzahlung der aufgenommenen Darlehen jährlich zu entrichtenden Beträge ohne Auflage der Rückgewähr.
- Die letzte Form der Unterstützung wird vom Staate indessen nur gewährt, wenn die in Frage kommende Provinz mit der Hälfte an der Beihilfe beteiligt. Es empfiehlt sich somit, um die Unternehmer nicht der Staatsbeihilfe verlustig gehen zu lassen, auch Provinzialmittel für den fraglichen Zweck bereitzustellen.

Bei Bestimmung des Kapitals, welches für verlorene Zinszuschüsse in Frage kommen wird, ist davon auszugehen, daß zunächst 50 Prozent der Ausführungskosten von den Beteiligten in bar oder durch Zinsrücknahme der produzierten Ernterestlofenfursorge oder durch Aufnahme eines Darlehens bei nicht staatlichen Geldgebern zu decken sind, dessen Zins- und Tilgungsbeträge den Beteiligten ganz oder teilweise vom Staate darchensweise vorgestrichen werden. Für den noch verbleibenden Teil der Ausführung von höchstens 50 Prozent können, soweit sie nicht aus anderen Staats- oder Provinzialfonds gedeckt werden, ebenfalls

Darlehen von dritter Seite aufgenommen werden, deren Zins- und Tilgungsbeträge aber als Beihilfe ohne Auflage der Rückgewähr je zur Hälfte auf Staat und Provinz übernommen werden können. Da vorerst nur 300 Millionen Mark seitens des Staates vorgesehen sind und von den Zinsen dieser Summe in Höhe von 15 Millionen Mark nur die Hälfte als verlorener Zins in Frage kommt, sind von den Provinzen insgesamt ebenfalls 7,5 Millionen bereitzustellen. Wenn auch vom Staat beabsichtigt ist, eine Umverteilung auf die einzelnen Provinzen vorerst nicht vorzunehmen, so kann doch unter Zugrundelegung des aus ähnlichen Anlässen angewandten Berechnungsmaßstabes, sollte wegen der infolge der inquisiten eingetretenen Geldentwertung zu erwartenden Erhöhung der Staatsmittel auf das Doppelte, angenommen werden, daß für die Provinz Sachsen die Bereitstellung von 2 Millionen Mark für dieses Jahr genügt.

Der Landtag stimmt der Vorlage zu. Über die Vorlage betr. vorläufige Änderung des Reglements der Ruhegehaltsklasse sowie der Pension- und Waisenunterstützung berichtet Abg. Schilling (Zentr.). Die beantragten Änderungen des Reglements, die bedingt sind durch die eingetretenen wirtschaftlichen Verhältnisse wurden genehmigt.

Abg. Fiedler (Stomm.) berichtet über die Vorlage betr. Erhöhung der von dem Ortsarbeitsrat in der Provinz zu zahlenden Pauschalbeiträge für die erste Auszahlung der zur Fürsorgeerziehung übernommenen Minderjährigen, da die bisherigen Sätze von 300 bzw. 450 M. infolge der Geldentwertung bei weitem nicht mehr ausreichen, schlägt der Provinzial-Ausschuß vor, die Sätze auf 18 000 bzw. 24 000 M. zu erhöhen. Da das Ministerium diesem Satz bereits seine Zustimmung erteilt hat, gibt der Landtag ebenfalls hierzu seine Zustimmung.

Es folgen dann die Berichte über die Rechnungen des Neuerrichtungsausschusses über die Provinzial-Schuldenerlooskasse und über die Landesfeuerlooskasse für das Herzogtum Sachsen, sowie über den Verwaltungsbereich der Landesfeuerlooskasse des Herzogtums Sachsen, über die Hauptrechnung der Magdeburger Landesfeuerlooskasse, sowie dessen Verwaltungsbericht, die sämtlich genehmigt wurden.

Die Änderungen der Kreisloosen und Tagesgeldsätze, die Hag in der Höhe von 8500 bis 16000 M. betragen, wurden auf Antrag des Berichterstatters Baer (Z.) beschlossen, ebenso wurde der Antrag der Gewerkschaft der Beamten und Angestellten des Provinzialverbandes von Sachsen auf Veränderung der Gruppenstellung angenommen. Die Heise- und Tagelöhner der Landtagsabgeordneten wurden auf Vorschlag der Besoldungskommission auf 36 000 M. (einstufigste) übermachten (gelb) und der Lohnausfall im höchsten Maße auf 20 000 M. jährlich festgesetzt.

Die im Rechnungsjahre 1921 vorgekommenen Etatsüberschreitungen und Jahresabslußergebnisse bei der Provinzialverwaltung wurden auf Antrag des Berichterstatters Abg. Böttger (Z.) genehmigt.

Der Antrag, die Provinzialverwaltung zu ermächtigen, zur Vorausbeschaffung von Wirtschaftsmaterial für das Rechnungsjahr 1924 kurzfristige Kredite in Anspruch zu nehmen wurde auf Antrag des Berichterstatters Abg. Köppler (Z.) genehmigt.

Es erfolgte alsdann die Berichterstattung über eine Anzahl Haushaltspläne für 1923, die fast ohne Ausnahme vom Plenum angenommen wurden. Abg. v. Alvensleben (B. V.) führte als Berichterstatter über den Haushaltsplan an, daß der Landtag nicht mehr Kredite zur Verfügung gestellt werden zur Beschaffung von Düngemitteln und Maschinen. Abg. Karpf (Z.) berichtet, daß der Provinzial-Landtag in diesem in seiner bisherigen Art seinen Zweck nicht mehr erfüllen und eine Verlegung desselben ins Auge gefaßt sei. Es ist daher die Provinzialverwaltung beauftragt worden, den Provinzial-Landtag in diesem unzulässig und sich dieserhalb mit der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen in Verbindung zu setzen. Bei den Haushaltsplänen der Landesheimatämter beantragt Abg. Fiedler (Stomm.) die Änderungen für die folgende Sandlungen in den Anhalten zu beschließen. Für diesen Antrag stimmten außer den Kommunisten auch eine Anzahl Sozialdemokraten, drei Sozialdemokraten stimmten dagegen, darunter der Abg.-Präsident Bergemann. Ein weiterer Antrag der Kommunisten, die Verpflegungssachen in den Heimstätten abzuschaffen, wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten und einiger Sozialdemokraten abgelehnt. Beim Etat Fürsorgeerziehung berichtet Abg. Gentsch (Z.), daß die Arbeit der Fürsorge in der Provinz erfolgreich gewesen sei. Die Zahl der Heilanstalten ist von 5500 auf 5800 gestiegen. Abg. Gentsch (Z.) bringt einige Mängel vor, die sich hier und da in der Erziehung gezeigt haben und erwartet keine Abhilfe, erkennt aber auch an, daß in der ganzen Fürsorgeerziehung in der Provinz Fortschritte erzielt seien. Als Anlaß wird die Mängel in den Heilanstalten nach seiner Wahrnehmung (siehe dunkle Anstalten) keine, wie der Abg. Fiedler sie darstellt, sondern sie sollten wirklich praktische Erziehungsarbeit. Nachdem nach Abg. Dr. Zitzmann (B. V.) über die Beschäftigung der Fürsorgeanstalten noch einige wahrheitsgetreue Schilderungen gegeben und erklärt hatte, daß man die Erziehungsanstalt nicht aus der Hand geben sollte, wurde der Antrag der Kommunisten, die Heilanstalten in den Anhalten vollständig abzuschaffen, der Landesverwaltung als Material überwiesen. Der Antrag des Abg. Bergemann (Z.), die Verordnung nach der der Verzicht der Beamten der Landesanstalten mit den Abgeordneten verbunden ist, wieder aufzuheben, wurde einstimmig angenommen.

Weiterberatung Mittwoch 10 Uhr.

Die Sitzung des Kreistages

1. Fortsetzung der Tagung.

Die bereits vom Kreisaußschuß gefasste 1 Million zum Volkstotopfer (Ruhspende) wird gegen die Stimmen der Kommunisten (1), welche die Summen einem besonderen (internationalen) Ruhefondsfonds zuführen wollen, nachträglich genehmigt.

Punkt 6 der Tagesordnung beschäftigt sich mit einem Vorschlag des Landrats, zur **Verbilligung der Wohnungsarbeiten** eine öffentlich-rechtliche Zwerbelasse im Kreis zu errichten, aus welcher für jeden Sterbefall eine bestimmte Summe als Beihilfe gezahlt werden kann. Man ist sich über die Notwendigkeit der Vorlage im Kreisrat einig, steht aber zunächst keinen gangbaren Weg zur Errichtung des Kreises, die Kommunisten wollen das Reich verantwortlich machen, was ihnen schließlich vom Landrat den berechtigten Vorwurf der lechzigen Verschlebung der Vorlage einbringt, denn das Reich wird nie Mittel dafür erbringen können. Nach längerer Aussprache, in der die Abg. Paesold (S. P. D.), Meyer (Zn.) und Schmüller (Kom.) mit verschiedenen Vorschlägen kommen, wird die Vorlage nach dem Vorschlag des Landrats angenommen.

Punkt 7 (Vereinfachung des Mittel zur **Unterstützung der notleidenden Bevölkerung** des Kreises Merseburg) verbindet man mit dem Antrag der S. P. D. (Punkt 5a), welche fordert: sofort zu unternehmende Notstandsarbeiten zu beschließen und zu Beginn nehmen zu lassen, für die trotzdem noch verbleibenden Erwerbslosen die Unterstützung zu erhöhen und endlich die Kreise der Industrie, des Handels, des Gewerbes und der Landwirtschaft zur Unterstützung der Hilfsaktion der Behörden aufzufordern und zu verpflichten. Abg. Freytag (Kom.) begründet den Antrag seiner Partei: die 1500 Arbeitslosen des Kreises, wollen keine Unterstützung als Almosen, sie fordern von Reich, Land und Kreis Arbeit, um mit ihrer Hände Tätigkeit sich und ihre Familien erhalten zu können. Abg. Meyer-Lützen (Zn.) begründet das Durchdringen dieser Ansicht bei den Erwerbslosen: er schlägt als beste Notstandsarbeit den Wiederaufbau von Häusern über Treben nach Vebina vor, da der Bau des Mittelkanals und der Bahn nach Vebina unmöglich erscheinen. Erforderlich sind zurzeit etwa 400 Millionen, deren Aufbringung ja heute unmöglich ist, die der Redner aber nach den bisherigen Erfahrungen für durchaus im Bereich der Möglichkeit hält. Landrat Gause ist in vielerem Punkt entgegengehaltener Ansicht. Abg. Schmüller (Kom.) fürchtet eine Wiederholung der weissenfischer Ereignisse auch für unseren Kreis, da die Unruhen dort allein (!) aus der Not herausgeborn sind (keine Spur von kommunikativer Defizienz). Es muß also Arbeit geschaffen werden: als Mittel und Wege hierfür verlangt er in erster Linie Kontrolle der privaten Unternehmungen, (Wann!), welche Leute einstellen, die bereits zu Hause genug verdienen (sogen. Doppelverdiener). Die Debatte wird recht erregt. Abg. Meyer-Lützen (Zn.) begründet seinen Antrag nochmals, heißt aber nicht nur beim Landrat, sondern auch auf der linken auf starken Widerpruch. Abg. Paesold (S. P. D.) verwirft die Notstandsarbeiten, will vielmehr durch wirtschaftliche Unterstützungen die Not der Erwerbslosen durchgreifend lindern, ein Kommunität steht allein das Ziel in der Veranschaulichung des kapitalistischen Systems. Nach langem Hin und Her ist der Beschluß erlassen, man stimmt ab: 11:11, der Antrag auf Verbilligung der Millionen für die Erwerbslosen ist damit gefallen!

Nach kurzer Mittagspause — es ist mittlerweile fast 3 Uhr geworden! — sagt man weiter. Unter Punkt 8 der Tagesordnung genehmigt man die Aufnahme eines **Barrenweihfestes** für den **Anfang von Umzugsarbeiten** zur Selbstkritik im Wirtschaftsjahr 1922 ohne Debatte einstimmig.

Die **Errichtung einer Kreisbank** ist Gegenstand des nächsten Punktes der Tagesordnung. Die „Spar“-Abteilung der Kreisbank hat ja an Bedeutung verloren, die aufgliedernde „Bank“-Abteilung soll zu einer leistungsfähigen Kreisbank umgewandelt werden. Sehr schnell wird dieser Finanzplan des Landrats einstimmig angenommen, das Kuratorium wird durch Jurat wiedergewählt.

10. **Haushaltsplan für 1923.** Eine allgemeine Aussprache findet nicht statt, man tritt sofort in die Sonderberatung der einzelnen Posten des Etats ein. Im Mittelpunkt steht der Bericht des Kreismedizinalrats Dr. Kühnlein über die Wohlfahrtspflege im Kreis Merseburg. Er begründet ausführlich die von ihm im Etat geforderte Einstellung von Mitteln zur Befreiung der sozialen Verhältnisse im Kreis, die zahlreiche Mängel aufweisen. So ist z. B. die Jugendgesundheitsfürsorge eines Erfordernis, selbst auf dem Land sind doch 5 Prozent aller Schulkinder völlig unterernährt! Das Heben- und Desinfektionswesen, die Säuglings- und gefamte Krüppelversorgung darf nicht der Punkt sein, wo man zu sparen beginnt, die bewilligten Gelder machen sich bezahlt, sie zu verweigern wäre unzulässig. Die warmen Worte des Kreisarztes blieben nicht ungehört, man bewilligte einstimmig die vorgeschlagenen Millionen für die Wohlfahrtspflege, beschloß sogar noch darüber hinaus die Einstellung einer festen Kreisfürsorgetätigkeit zur Entlastung der großen Fürsorgebehörde. Die übrigen Posten des umfangreichen Etats, der auf dem Papier mit über 682 Millionen abschließt (heute schon weit überholt!), rufen verschiedentlich recht langwierige Besprechungen hervor, besonders über die Höhe der Anstaltsentlohnungen des Vorsitzenden des Kreisunterstützungsamtes Dr. Benzel und des Kreisarztes Dr. Kühnlein; endlich kommt man auch da zu Ende, wenn auch nicht mit einem in jeder Beziehung einigen Ergebnis. Eingestellt wird in den Etat noch eine Summe von 5 Millionen Wert zur Errichtung von Schulbüchereien für bedürftige Schulkinde. Der Antrag der S. P. D. auf Erhöhung der Unterstützung notleidender Kreisangehöriger von 5 auf 30 Millionen verfallt mit 9:13 Stimmen der Ablehnung. Dann hat man wieder die Beratung des Bräudenfonds ein; die Dürrenberger Gemeinde fordert für die dortige Saalebrücke Befreiung des Brückengelbes; der langen Rede kurzer Sinn in dieser Angelegenheit ist schließlich Verweisung an den Kreisauschuß; dessen Ziel wird die Befreiung zunächst des Personenverkehrs sein.

Nachdem man über 2½ Stunden am Haushaltsplan gefaselt und kritisiert hatte, war man endlich am Punkt der Abstimmung. Die Kommunisten wollten den Etat kürzen, weil man ihnen nicht den Willen getan hatte. Trotzdem erlosch man die erforderliche 2/3-Mehrheit durch 15:8 Stimmen und der Etat war gerettet.

Mittlerweile war es fast 1/4 Uhr geworden. Die Kommunisten waren auch tagungsmüde und beantragten Ver- tagung der noch ausstehenden Punkte 11 bis 15 (!) der Tagesordnung. Die Bürgerlichen und Herr Landrat aber blieben fest, unterlagen nicht dieser Verführung und lehnten den Antrag Schmüller (Kom.) ab. Die Presse aber, die 8 Stunden ununterbrochen in dem rauchgeschwängerten Sitzungssaal Rede und Gegenrede über sich hatte ergehen lassen mußten, stellte daraufhin ihre Tätigkeit ein. Was zuviel ist, ist zuviel! Dixi.

Bunte Zeitung

Vom Zellstoff zur Kunstseide.

In den Monatsblättern „Das Wort“ schildert Dr. Paul Schiller die verschiedenen Verwendungsrichtungen des Zellstoffes. Im Faden aus dem Zellstoff zu gewinnen, ist man genötigt, ihn erst zu verflüssigen und ihn dann aus der Lösung durch geeignete Mittel in Fadenform wieder abzuscheiden. Ein vorzügliches und sehr auslichtreiches Ausgangsmaterial nicht nur für feinerartige Fäden, sondern auch für eine Reihe anderer Artikel ist die Viskose. Zur Herstellung von Viskose trinkt man geliebte Zellulose mit etwa 10prozentiger Natronlauge, presst ab, läßt die Natronzellulose einige Tage kochen, um sie aufzulösen, trocknet und mischt sie in geschlossenen eternen Drehstrommahl mit Schwefelkohlenstoff. Nach zwei bis fünf Stunden sind die Fasern gelb gefärbt und lösen sich nach tüchtigem Durchmischen mit klarem Wasser, dem etwas Natrium zugesetzt ist. Es folgen noch mehrere Wasch- und Reinigungsprozesse. Die Viskose-Lösung dürfte heute wohl die billigste Kunstseide sein; sie wird neben der Kunstseide in Deutschland vorwiegend von dem zuerst größten einschlägigen Werk, den Vereinigten Glanzstoffwerken Oberfeld in Duerburch bei Aachen, hergestellt.

Der Spieltrieb der Tiere.

Jeder Hundebesitzer kennt den tagelangen Gespielsucht genormenden Wiederrundlauf seines Tieres, der noch aus jenen alten Zeiten stammt, wo die wilden Vorfahren erst die flüchtigen Gras- und Kräuterfresser zu einem weichen Nachfolger zusammenstampeln mußten. Wer weiß, bemerkt dazu H. Habedost in der neuesten Nummer der „Gartenlaube“, ob das häufig zu beobachtende abendliche Herumwägen und -rollen mancher Kinder auf ihrem vorher so hübsch glatten Bettchen nicht auf ähnliche Reminiszenzen aus der mensichlichen Urgzeit hinweist. Andererseits ist die merkwürdige Gewohnheit mancher gezähmter Affen, ihre geliebten Spielläden, so wie Kinder ihre Puppen usw., ins Bett mitzunehmen, ein Beweis der fortwährend abendlichen Spielsucht im beherrschten. Auch G. Ziemer auf der früheren deutschen Station in Bananenhain von Teneriffa beobachtete wiederholt, daß Sultan, das stärkste Männchen und der anerkannte Führer der Schimpansenhain, beim Betreten der Stube vor dem Schlafengehen im Kreise der Stühle eine Art Zauberspiel tanzte, wobei er fortwährend hüpfend und lächelnd, in bestimmtem Rhythmus immer je dreimal mit langen Händen auf den Boden schlug.

Papiervorrat für die Ewigkeit.

Die Zeitungen der Vereinigten Staaten verbrauchen jährlich drei Millionen Klaster Holz, und die Ästchen, die man dazu verwendet, bedürfen einer Zeit von 40 Jahren um schlagreif zu werden. Wie in der „Umschau“ berichtet wird, trägt man schon jetzt Sorge, um diesen Holzbedarf für spätere Zeiten sicherzustellen. Es werden 30 Quadrarmillion unbenutzten Landes in 40 Abschnitten mit Ästchen bepflanzt, und durch diese weit vorausgehenden Maßnahmen wird es den amerikanischen Zeitungen nie an Papier fehlen. Die zwei Millionen Tonnen Zeitungspapier, die gegenwärtig in den Vereinigten Staaten täglich verbraucht werden, stellen ein Band von der Breite einer gewöhnlichen Tageszeitung dar, das über 64 Millionen Kilometer lang ist, sich also am Äquator 160mal um die Erde legen ließe.

